

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erstauflage wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. „Wöchentliche Beilagen: „Luthers Gedenktage“ und „Mittwochs Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abonnenten 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen zum Ersatz jeder Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitspalt oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamaspalt 40 Pfg., Zusatztagsgebühr 50 Pfg., für „Annonces“ von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übersetzung und nachgeschriebener oder durch Fernsprecher aufgebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 121

Donnerstag, den 13. Oktober 1932

34. Jahrg.

## „Das neue Reich!“

Der Kaiser in München — Der Preisempfang im Ministerium des Auswärtigen

München, 12. Oktober.

Reichstanzler von Papen stattete dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Auswärtigen seinen Besuch ab. Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichstanzler herzlichst und fuhr fort: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Befehnis des Reichstanzlers, wofür ich herzlich danke, das Befehnis, das man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gemeint, gewinnt ein solcher offizieller Besuch des Reichstanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stillen unserer Tage, die so vor allem der Selbständigkeit der Länder gegolten haben ist eine Selbstverständlichkeit.“

Wir erlauben in dem Besuch des Reichstanzlers das Bestehen die Fühlung mit den eigenen Bundesregierungen zu übernehmen und zu halten in der Zeit der großer wirtschaftlichen und geistigen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenzufassen muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein verripilliertes Deutschland wird sie niemals meistern können.

Unser politisch hängt alles von unserer absoluten Einigkeit ab. Nur durch treues Zusammenarbeiten und Zusammenhalten ist das große Ziel zu erreichen, Deutschland außerpolitisch zu befreien und innerpolitisch zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.“

Reichstanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte, die Ministerpräsident Held ihm geäußert hatte. „Mein Besuch, fuhr der Kaiser fort, soll viel mehr sein als eine formale Höflichkeit, er soll sein ein Symbol dafür daß in der Tat gerade jetzt in den vielleicht schwersten Stunden der Weltgeschichte wir nur durch die großen gemeinsamen Vorfrieden weiterkommen können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie sie einst gewesen ist.“

Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Mithilfe und Beibehaltung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen.

Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, den passenden Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Ausprache über die schwebenden Fragen die Meinungen auszutauschen, die auf dem schwersten Wege vor uns liegen. Ich hoffe, daß in diesem freimütigen Austausch der Meinungen die gemeinsamen Ziele gefördert werden, die allen so sehr am Herzen liegen.“

Vom Ministerium des Auswärtigen begab sich der Reichstanzler nach dem Landtag zum Besuch des Landtagspräsidenten. In Anwesenheit der übrigen Mitglieder des Landtagspräsidenten empfing Dr. Stang den Reichstanzler. Auf die Begrüßungsansprache des Landtagspräsidenten antwortete Reichstanzler von Papen in kurzen Ausführungen. Am Anschluß an den Empfang befristigten der Kaiser und seine Begleitung den Schlußtag des Landtages und die ehemaligen Räume der Reichstagskammer.

## Preisempfang

Am 11 Uhr fand im Ministerium des Auswärtigen ein Preisempfang statt. Zunächst erliefen Reichstanzler von Papen mit dem Leiter der Preisabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Marks. Er wurde von Ministerpräsident Dr. Held den Vertretern der Presse vorgeführt. In einer kurzen Ansprache gab der Reichstanzler seiner Freude darüber Ausdruck, bei dem ersten Besuch, den er der bayerischen Staatsregierung und damit dem Lande Bayern mache, Gelegenheit zu haben, mit den Vertretern der Presse persönliche Fühlung aufzunehmen, auf die er großes Gewicht lege.

Die Reichsregierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bemüht auf föderalistischen Standpunkt setze, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Nicht ein über Unilateralismus oder Zentralismus, sondern nur ein Reich, das aus der Addition aller gewachsenen Kräfte geschaffen werde, sei die Parole der Reichsregierung.

Vom Ministerium des Auswärtigen aus begab sich der Kaiser mit den Herren seiner Begleitung, geleitet von dem Innenminister Dr. Frickel, zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen. Er legte dann einen Kranz am Gedenkmal-Stein nieder und hielt in den Mittagsstunden noch bei dem päpstlichen Nuntius sowie bei Kardinal Faulhaber einen Besuch ab. Um 13.30 Uhr hatte Ministerpräsident Dr. Held zu einem Frühstück geladen.

## Pläne und Gegenpläne

Bezirgnisse und Mißstimmung in Paris.

London, 12. Oktober.

Man ist in Paris alles andere als erfreut über die Notwendigkeit, zu dem englischen Drängen auf weitere Aussprachen gute Miene machen zu müssen, und Herriot wird nicht ohne schwere Rührung der freundlichen Einladung MacDonalds folgen. Man hat beargwöhnt und mißgünstig vernommen, daß in London Entwürfe ausgearbeitet worden sind, die der englische Premierminister als Hinterlage für seine Bemühungen nehmen will, wie er zwischen Frankreich und Deutschland ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage vermitteln könne, und man besitzt sich, diesen Plänen französische Gegenpläne entgegenzusetzen, die die englischen Absichten durch Komplikationen so betafeln, daß eine schnelle Einigung nicht in Frage kommt.

Das Kennzeichen des englischen Vorschlages scheint die Zuerkennung der Rechtsgleichheit für Deutschland in militärischer Hinsicht zu sein, allerdings gegen das deutsche Einverständnis damit, daß Deutschland durch die Einführung der ihm bisher verbotenen Waffen seiner Mannschaffskraft nicht verkehrt, wogegen die anderen Mächte zu fühlbaren Abrüstungsbestrebungen angehalten werden sollen. Gleichgültig soll ein zeitlich unbefristeter politischer Waffenstillstand eingeführt werden, in dem Deutschland sich verpflichten soll, keine Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verlangen.

Dieser englische Plan ist als Grundlage eines deutsch-französischen Kompromisses offensichtlich schon belächelt genug, um die Bemühungen MacDonalds zu erschweren — den Franzosen aber genügen die in dem englischen Plan enthaltenen Hindernisse offenbar noch nicht, denn ihr Gegenentwurf verlangt: weiter

ein allgemeines Rüstungsabkommen, einen allgemeinen Kontrollkommission, der sich ein das Rüstungsstatut und ein den Gesamtvertrag einschließendes fest sowie einen regionalen Kontrollrat, Siderheits- und Kontrollpakt in demselben Rahmen und weiter ein Protokoll über die Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung. Schließlich greift der französische Vorschlag auch wieder auf den Plan der Bildung einer internationalen Streitmachts zurück.

Man sieht, was Herr Herriot mit nach London bringt, ist das Programm für eine große internationale Konferenz, nicht aber das wesentlich bestehendere, dafür aber auch härtere Material, das den Absichten MacDonalds dienen könnte, und so wird der französische Ministerpräsident hoffen dürfen, die ihm so unerwünschte Vermittlungsaktion seines englischen Kollegen zu durchkreuzen und der von MacDonalds beabsichtigten Einladung des deutschen Außenministers Steine in den Weg zu stellen. Von welcher Seite also die englischen Bemühungen gescheitert durchkreuzt werden, daran ist nach dem französischen Verhalten kein Zweifel mehr möglich, und Deutschland kann abwarten, welche Schlüsse man in London und anderswo aus dieser Erkenntnis zu ziehen gedenkt.

## Neuregelung des Bankwesens?

Noch keine personellen Entscheidungen.

Berlin, 12. Oktober.

Schon seit längerer Zeit schweben bei der Reichsregierung Erwägungen, wie man die bisherige Bankenaufsicht den Erfordernissen des neuen Wirtschaftsprogramms besser anpassen könnte. Dabei spielt auch die Frage eine Rolle, wie man die durch die verschiedenen Sitzungsstellen entstandenen Bankinteressen des Reiches in Zukunft behandeln soll. Dieser privatwirtschaftliche Kreis des Problems gehörte bisher nicht zu den Aufgaben des Bankenausschusses, der nur die öffentliche Aufsicht über die Betriebsführung des gesamten Bankgewerbes zu führen hatte. Wie wir von zufälligen Quellen erfahren, sind die Erwägungen über alle diese Fragen noch nicht abgeschlossen. Insbesondere ist auch über die personellen Fragen noch gar nicht gesprochen worden. Ob also Dr. Erffmuth als Treuhänder für die vom Reich abhängigen Banken wird oder ob Dr. Schacht diese Stellung erhält, ist noch völlig offen.

## Verarmungsverbot

Keine Sportplatzkündigung der NSDAP.

Berlin, 12. Oktober.

In einem Schreiben des Polizeipräsidenten an den Gauborstand der NSDAP wird ein Verbot der nationalsozialistischen Kündigungen im Sportplatz begründet. Es heißt darin u. a.: „Da nationalsozialistischer Seite sind in der letzten Zeit seit Beginn des Wahlkampfes zum Reichstag am 6. November zahlreiche Verarmungen politisch Andersdenkender mit dem Ziel der Sprengung geföhrt worden. Die Hauptigkeit der Fälle und die Gleichmäßigkeit bei der Art des Vorgehens der Täter gestattet mit Sicherheit den Schluß, daß die Verarmungsstörungen planmäßig vorbereitet und auf Weisung leitender Stellen der NSDAP durchgeführt worden sind. Dieses, den friedlichen Verlauf des Wahlkampfes in erheblicher Weise gefährdende Verhalten von Anhängern der NSDAP, hat in den ordnungsliebenden Kreisen der Bevölkerung eine tief-

gehende Erregung ausgelöst. Da nach den gemachten Erfahrungen ein Teil der Anhänger der Partei ein äußerst unbilligstes Verhalten an den Tag gelegt hat, muß damit gerechnet werden, daß von diesem Teil der Parteimitglieder (sich beispielsweise einzelne Jugendgruppen Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden, durch die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernsthafteste gefährdet werden. Das vorliegende Verbot der für den 12. Oktober im Sportplatz geplanten Verarmung rechtfertigt sich also auf Grund des Paragraphen 14 PStG (Polizeiverordnungsgehebes) in Verbindung mit Artikel 123 der Reichsverfassung. Da sich weiter aus den vorliegend dargelegten Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ergibt, ist das Verbot ferner gerechtfertigt durch die Vorschriften des Paragraphen 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Verarmungen und Umsätze vom 28. Juli 1932.“

## Reichstanzler von Papen vor dem Landwerk

Berlin, 12. Oktober.

Reichstanzler von Papen besaß, auf der am 24. Oktober hier stattfindenden Obermeistertragung des Berliner und märkischen Handwerks über die Stellung Regierung zu den Fragen des Handwerks sich zu äußern.

## Papens Münchner Botschaften

München, 12. Oktober.

Der gestrige Nachmittag war den vorgezeichneten politischen Botschaften zwischen dem Reichstanzler und der bayerischen Regierung vorbehalten. Am Abend gab der bayerische Ministerpräsident zu Ehren des Kaisers einen Empfang, zu dem zahlreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns geladen waren.

## Preußen contra Reich

Beginn der Verhandlungen des Staatsgerichtshofes

— Leipzig, 11. Oktober.

Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begannen unter starkem Andrang die verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen wegen der durch Notverordnung vom 20. Juli erfolgten Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Zur Entscheidung steht die Frage, ob das Vergehen gegen die durch Reichsregierung nach den Bestimmungen der Verfassung zulässig war, wie es die Reichsregierung betont und das frühere Ministerium Braun-Seeling bestritt. Daneben müßten die Regierungen Bayerns und Badens für künftige Fälle die Festlegung der Grenzen, in denen die Anwendung des Artikels 48 gegenüber einem Lande sich zu halten hat.

Nachdem zu Beginn der Verhandlung Dr. Brecht beantragt hatte, ohne die Anwesenheit eines Vertreters für den Reichstanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen zu verhandeln, gab der Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt, eine Darlegung des bekannten Sachverhalts. Anschließend stellte der Vorsitzende:

## Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke

klar, daß das Verfahren von keiner Seite verurteilt worden ist es vielmehr alles getan worden, um den Prozeß zu beschleunigen. Auf die Verhandlung eingehend erklärte Dr. Bumke dann:

„Ich mache dann noch besonders darauf aufmerksam, daß der Staatsgerichtshof nicht über die politische Zweckmäßigkeit oder Wirksamkeit dessen zu entscheiden hat, was geschehen ist, sondern darüber, ob das Geschehene sich im Rahmen der Verfassung hält.“

Dann wandte sich der Vorsitzende der Einteilung der Verhandlungsstoffes zu: „Zunächst wäre zu empfehlen, so erklären er, alle formalen Fragen, deren Wichtigkeit nicht verkannt werden soll, an den Schluß zu stellen und sich der Hauptfrage in erster Linie zuzuwenden.“

Außerhalb der Tagesordnung erhält dann der Hauptredner der preußischen Regierung, Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort zu folgender Erklärung:

## „Was will Preußen mit seiner Klage?“

Es will keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten. Die preußischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Wohl aber beitreten sie auf das entliegendste die Richtigkeit der Informationen, die dem Herrn Reichspräsidenten gegeben worden sind und die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgelesen hat.

Gegenstand unserer Klage ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Absicht der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens. Gegenstand des Streit es vor allem die Vertretung Preußens und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aus tiefste kränfenden Vorwurf, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und





### Wo bleibt Geld für Mittelhandlanaal?

Telegramm der Wirtschaft an den Reichskanzler.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses für den Regierungsbezirk Magdeburg, Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Kleinherne, teilt in einem Telegramm die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers darauf, daß vom Reich im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms für die Fortführung der Arbeiten am Mittelhandlanaal 7,5 Millionen Mark bereitgestellt sind, daß aber trotzdem mit den Arbeiten nicht begonnen werden könne, da die Auszahlung des Betrags nicht erfolge, ehe nicht vom Land Preußen bestimmte Zuschüsse gegeben werden. Namens des Wirtschaftsausschusses bittet Generaldirektor Dr. Kleinherne Herrn von Papen, als Reichskanzler und Reichskommissar für Preußen den Kompetenzfreizug zu schließen und die Auszahlung der 7,5 Millionen sowie die Aufnahme der Arbeiten zu verfügen. Angesichts der dringenden Not werde von der Öffentlichkeit nicht verstanden, daß durch Kompetenzfreizügliche Zahlungen von Erwerbslosen die Arbeit vorenthalten wird.

**Halle.** Der Büroangestellte Fritz Bögel aus Halle stand unter der Anklage des Mordversuchs an seiner Geliebten vor dem Schwurgericht. Bögel, der von medizinischen Sachverständigen als ein festlich und körperlich wenig widerstandsfähiger Hypochonder und als ein Vagenhaftigkeit neigender Charakter bezeichnet wurde, nahm es mit der Wahrheit nicht sehr genau. Seiner Geliebten einer Hausangestellten, erzählte er, er bestehe in Verlobung einen ungeheuren Handel. Er wolle auch eine Stelle beim Grundbuchamt gefunden haben. Seine Braut trau ihm aber bald darauf an einer Strohhecke in Halle als Erdbeere-Verkäufer an. Dies rief nun bei seiner Braut eine merkwürdige Entfremdung hervor. Bögel bemühte sich vergebens, sie umzustimmen. Als er sie dann am Abend des 10. Juni traf, gab er einen Schuß aus einem Revolver auf das Mädchen ab, durch den dieses jedoch nur leicht verletzt wurde.

Kurz vor der Tat hatte er seine Braut um Geld gebeten, das ihm jedoch verweigert wurde. Mit diesem Geld wollte er die Waffe kaufen, um diese gegen seine Braut zu richten. Das Gerichtsurteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

**Schlafliß (Kr. Delitzsch).** An einer Straßenkreuzung wurde ein Leipziger Arbeiter, der mit seinem Motorrade auf der Straße fuhr, um Spaziergänger nach dem Wege zu fragen, von einem entgegenkommenden Kraftwagen umgefahren und so schwer verletzt, daß er noch am Abend verstarb.

**Bitterfeld.** Durch Einbruchdiebstahl wurden nachts aus einem Damentonlektionshaus 25 Damentümel mit Pelzbesatz, drei Summiätmäntel, 60 Paar Damentstrümpfe und waschbare Damentücher entwendet.

**Werschnigau (Kr. Schweinitz).** Zwei Einbrecher waren des Nachts in die zur Zeit leerstehende Lehrerwohnung eingestiegen. Der Nachtmacher sah den Diebstahl und weckte einige Einwohner und den Landwäger. Das Schulhaus wurde umstellt und die Diebe, die auch Schulwachen bei sich hatten, wurden nach Sorgen in Untersuchungshaft gebracht.

### Inhalts drückende Wohlfahrtslasten

Deskau vor dem Zwangsersatz.

In einer vom Magistratsvorstand in letzter Minute einberufenen außerordentlichen Gemeinderatssitzung in Delitzsch wurde über die Zwangsersatzleistungen über die Finanzlage der Stadt nach seinen Ausführungen in Delitzsch hinsichtlich der Soziallasten am Ende seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angeklagt. Das bestehende Defizit von einer Million werde durch die wachsenden Wohlfahrtslasten ständig größer. Die Bürgermeister der größeren Städte und die Landräte Anhalts seien einmütig der Überzeugung, daß die einzige Möglichkeit, die Wohlfahrtslasten überhaupt noch zu betreiben, eine Erhöhung der Bürgersteuer liege. Dies wurde aber von dem Gemeinderat einstimmig abgelehnt. Die Folge davon wird die Zwangsersatzleistung sein.

Assessor verklagt den Staat.

Deskau. Der Gerichts-Assessor Jabel, der vom Ministerium des Reichsjustizministeriums ernannt worden war, von der Regierung Freyberg-Kröner aber wieder zum Assessor gemacht wurde, hat, wie schon der Stadtrat Einzel gegen die Stadt Deskau, Klage gegen den anhaltischen Staat erhoben.

### Artifizielle Brunnen in der Dübener Heide.

Düben (Milde). Am Umfrieß von Düben gibt es zu beiden Seiten der Heide einen Beschick mit artifiziellem Wasser, das um so höher springt, je tiefer das Bohrloch in die Erde oder die zweite Grundwasserflöz eingetrieben wird. Deshalb werden immer mehr und mehr solcher artifiziellem Brunnen angelegt, die ständig von selbst laufen. Auch die Wirtschaft macht sich aus artifiziellem Wasser zunutze. In Werschnigau läuft es in die Gießhöfe, und in Gredau sieht es in Bohrbohren nur 50 Zentimeter unter der Erde.

### Schwere Verletzungsfälle bei Sangerhausen.

Zwei Tote, drei Verletzte.

Sangerhausen. Am Sonnabendnachmittag fuhr kurz vor Sangerhausen ein von Nordhausen kommender Leipziger Personkraftwagen mit großer Geschwindigkeit in einer Kurve gegen einen Postkutschwagen, überfiel sich und wurde vollkommen zertrümmert. Von den Insassen des Leipziger Wagens, drei Brüdern, wurden zwei mit schweren Kopf- und Armbverletzungen ins Krankenhaus gebracht, während der dritte mit leichten Verletzungen davonkam. Der Postkutschwagen konnte keine Fahrt fortsetzen. Der Kaufmann Ernst Schneider aus Köpitz, der sich mit seiner Frau auf einer Motorradfahrt befand, fuhr am Sonntagnachmittag in Gmelsch in einer Kurve gegen ein entgegenkommendes Personauto. Er und seine Frau stürzten und erlitten so schwere Verletzungen, daß sie noch auf dem Transport ins Sangerhäuser Krankenhaus starben.

### Judhausstrafen wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs.

Gleiwitz, 12. Oktober.

Das Sondergericht in Gleiwitz verurteilte die Angeklagten Josef und Hedwig Banzel, Matthias Ronzel und Josef Altmann wegen Vergehens gegen die Terror-Notverordnung vom 9. August d. J. zu je einem Jahre Zuchthaus. Der Angeklagte Paul Gsch erhielt einen Monat Gefängnis. Drei Gsch und Frau Altmann wurden freigesprochen. Dem Prozeß lagen Ausschreitungen bei einer Wohnungsvermittlung zugrunde, bei der sich nach der Anklageschrift die Angeklagten des schweren Landfriedensbruchs und des schweren Aufruhrs schuldig gemacht hatten.

## Zwangsvorsteigerung.

Versteigert wird

am 24. November 1932, 10 Uhr

an der Gerichtsstelle, Zimmer 2, die im Grundbuch von Böfowig Band IV Blatt Nr. 26 eingetragenen Grundstücke: Gemarkung Böfowig und Schönefeld, Kesseltangut Nr. 16 — Anteil an ungetrennt in Hofraum, Fluz. Wert 240. — RM. — sowie Acker, Wiese und Feld von zusammen 16,72,20 ha Größe und die im Grundbuch von Wieddin Band IV Blatt 21, Gemarkung Rohrbach, eingetragenen Grundstücke, Acker und Wiese von zusammen 4,85,50 ha Größe. (Eigentümer: Landwirt Ernst Voigt in Böfowig, Kemberg, den 10. Oktober 1932.

Antsgericht.

## Gestrickte Woll-Strümpfe

in allen Größen, Farben und Qualitäten äußerst haltbar, warm und preiswert Große Auswahl in Wolle. Wolle kann auch vom Kunden geliefert werden.

## Anstricken

sauber, haltbar und preiswert. Maschinenstrickerei F. Freyberg, Kemberg jetzt: Burgstraße 4a (frühere Gärtner Holzhausen)

## Futterrüben

verkauft Schmager, Pannigtau

## Prima Gerstenschrot

Weizenmehl Roggenmehl Kleie, Schalen empfiehlt Thiele, Motormühle Gabis

## Harzer Grüne-Bühnen-Lotterie

Ziehung: 19. Oktober 1932

Einzellos 50 Pfg. — — — Doppellos 1.— Mk.

### Gewinnplan:

- 2 Hauptgewinne 1 Automobil oder 1 Wohnenhaus im Wert von je RM 4000
- 2 Gewinne 1 Speisezimmer oder 1 Motorrad im Wert von je RM 1000
- 2 Gewinne Speisezimmer, Schlafzimmer, Leichtmotorräder im Wert von je RM 500
- 4 Gewinne Radio-Apparate, Kücheneinrichtung oder Guttschein im Wert von je RM 250

Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über RM 2 mit 90% in barem Gelde Lose zu haben bei

Richard Arnold :: Buchhandlung :: Kemberg Leipziger Straße und Markt

## Obstbaum-Karbolineum

Raupenleim Raupenleimpapier Baumwachs Schädlingsbekämpfungsmittel für Obstbäume und Sträucher empfiehlt 3. G. Glaubig

## G. Förster Heilkunde Gabis

jugelassen zur Krankenkasse „Volkswohl“ Sprechzeit: Dienstag und Donnerstag 9—12 und 3—6 Uhr Sonnabend 3—6 Uhr Sonntags nur gegen vorherige Anmeldung

## Rechtsrat

Prozesssachen (Amts- u. Landgericht) Kaufverträge, Testamenten Steuerfachen (Vermögenssteuer) Jeden Freitag vormittag bei Naumann K. Lehmann, Gerichtsstellen d. A. D. und öffentl. angeh. Versteigerer Weinbergstraße 8

## Morgen Donnerstag früh 7 Uhr

Speckfuchen Bäckeri Mattheß Prima Mast-Gänse Mast-Enten junge Hähnchen und Suppenhühner Zapanen-hennen u. -hähne frischgeschliffene Hasen und Wild-Kaninchen empfiehlt Artur Thamm, Bergwitz Telefon Kemberg 289

## Alles wieder eingetroffen!

Seaheringe 1 Str. Dose nur 40 Pfg. Gelebeinge 1 Str. Dose nur 50 Pfg. Oelfarbinen große Dose nur 24 Pfg. Darsale kleine 20 Str. nur 20 Pfg. Zülfertische 1/2 Pfg. nur 22 Pfg. Margarine, lose, 1 kg. 1 Pfg. nur 20 Pfg. Pflanzenmehl, Küchensol 1 Pfg. nur 26 Pfg. Vierstuch-Marmelade 2 Pfg. Eimer nur 82 Pfg. Schnittbohnen (neue Sorte) 2 Pfg. Dose nur 46 Pfg. Gebrannte Gerste 1 Pfg. nur 22 Pfg. Wildschaftee (Eha. 0-1) 1 Pfg. nur 55 Pfg. Delikatess-Sauerkraut 1 Pfg. nur 9 Pfg. Fleischsalat 1 Pfg. nur 17 Pfg. Heringsalat 1/2 Pfg. nur 15 Pfg. Diese Preise sagen alles! Herbert Bohmann Hamburger Kaffee-Lager Shams & Garls Niederlage

## Streuverpackung.

15 Kabeln Nadelstreu sollen Sonnabend, nachmittags 1/5 Uhr in Nimmig verpackt werden. Sammelplatz Waldbau. Carl Mattheß Freundliche

## Oberwohnung in Wittenberg

befehend aus Stube, 2 Kammern und Küche nebst Zubehör zum 1. 11. zu vermieten. Anfragen unter W 3 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

## Wiener Operetten-Bühne

Hotel „Blauer Hecht“ Sonntag, den 16. Oktober 1932, pünktlich abends 8 Uhr Die große orientalische Operette

## „Die Rose von Stambul“

Operette in 3 Akten von L. Fall. Gelangschlager: Rose von Stambul nur du allein — Fridolin, ach wie dein Schnurrbart schiebt — Nur ein Walzer muß es sein — Geh tag doch Schnuddi zu mir — Opapa, mein lieber Opapa um. Eintrittspreise: Sperrpl. 1.— Mk., 1. Platz 80 Pfg., 2. Platz 60 Pfg., Gewerkslose mit Ausweis 40 Pfg. NB. Suche für mein Personal noch mehrere möbli. Zimmer. Angebote erbitte unter „Theater“ im Theaterlokal abzugeben.

## Der Winter steht vor der Tür,

Sie sparen viel Geld, wenn Sie Ihren Ofen noch heute sachmännlich nachsehen lassen.

## Neulieferungen, Umsetzen und Reparatur-Arbeiten

werden billigst und sauber ausgeführt, sowie transportable Kachelöfen und eiserne Küchenherde in allen Größen. — Kostenschläge unverbindlich, wenn erwinlich Vertreterbesuch. Schreiben Sie noch heute an Karl Engelmann, Ofenbaugeschäft, Kemberg, Kreuzstraße 14

## Lose zur

Preuß. Klassen-Lotterie Ziehung der 1. Klasse am 21. u. 22. Oktober sind noch zu haben bei Richard Arnold Kemberg, den 10. Okt. 1932.

## Zigarettenpapier

empfeht Richard Arnold M.-T.-V. Morgen Donnerstag, den 12. Oktober, abends pünktlich 1/9 Uhr im Hotel Palmbaum

## Bildbilder-Vortrag

vom Turnfest, anschließend

## Bersammlung

Um zahlreiches und vor allem pünktliches Erscheinen bitten Der Vorstand.

## Bersammlung

Um zahlreiches Erscheinen bitten Der Vorstand.

## Für die vielen Ehrungen, welche uns zur Silber-

Hochzeit zuteil wurden, ist es uns nicht anders möglich, als auf diesem Wege herzlich zu danken.

Musikdirektor Fritz Pinkert und Frau.

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: 1. Samstags Sonntagsblätter und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen als Ersatz jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Postzeile oder deren Raum 15 Pf., die 30spaltige Reklamzeile 40 Pf., Ausnahmestücke 50 Pf. / für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholungen unentgeltlich. — Beschreibung oder durch Fernsprecher angegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 121

Donnerstag, den 13. Oktober 1932

34. Jahrg.

## „Das neue Reich!“

Der Kanzler in München — Der Presseempfang im Ministerium des Äußeren

München, 12. Oktober.

Reichskanzler von Papen stattete dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Äußeren seinen Besuch ab. Ministerpräsident Dr. Held bewillkommnete den Reichskanzler herzlich und fuhr fort: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Befehnis des Reichskanzlers wofür ich herzlich danke, das Befehnis, daß man in Berlin in der Reichsregierung unter Ihrer Führung die Selbstständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur ich gemeint, gewinn ich solcher offizieller Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbstständigkeit der Länder gegolten haben ist eine Selbstverständlichkeit.“

Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Fühlung mit den einzelnen Länderregierungen zu übernehmen und zu halten in der Zeit der großen wirtschaftlichen und geistigen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenleben muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden. Ein veripflirtetes Deutschland wird nie niemals meistern können.

Unserpflichtig hängt alles von unserer absoluten Einigkeit ab. Nur durch festes Zusammenarbeiten und Zusammenhalten ist das große Ziel zu erreichen. Deutschland außenpolitisch zu befreien und innenpolitisch zu einem wahrhaft einigen und glücklichen Volk zu machen.“

Reichskanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte, die Ministerpräsident Held ihm gewidmet hatte. „Mein Besuch, fuhr der Kanzler fort, soll viel mehr sein als eine formale Höflichkeit, er soll kein ein Symbol dafür daß in der Tat gerade jetzt in den vielfältigsten Aufgaben Stunden der Nachbarschaft mit nur dem zu den großen gemeinsamen Zielen weiterzuleiten können, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wiederherstellen, wie sie einst gewesen ist.“

Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen.

Es ist mir ein besonderes Befehnis, den passenden Kontakt mit den Ländern zu pflegen und in offener Ansprache über die schwersten Fragen die Meinungen auszusprechen, die auf dem schwersten Wege vor uns liegen. Ich hoffe, daß in diesem freimütigen Austausch der Meinungen die gemeinsamen Ziele gefördert werden, die allen so sehr am Herzen liegen.“

Wom Ministerium des Äußeren begab sich der Reichskanzler nach dem Landtag zum Besuch des Landtagspräsidenten. In Anwesenheit der übrigen Mitglieder des Landtagsvorstandes empfing Dr. Slang den Reichskanzler. Auf der Begrüßungsansprache des Landtagspräsidenten antwortete Reichskanzler von Papen in kurzen Ausführungen. Im Hinblick auf den Empfang beistehiger der Kanzler und seine Begleitung den Sitzungsraum des Landtages und die ehemaligen Räume der Reichsversammlung.

### Presseempfang

Am 11 Uhr fand im Ministerium des Äußeren ein Presseempfang statt. Zunächst erlitten Reichskanzler von Papen mit dem Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Marks. Er wurde von Ministerpräsident Dr. Held den Vertretern der Presse vorgestellt. In einer kurzen Ansprache gab der Reichskanzler seiner Freude darüber Ausdruck, bei dem ersten Besuch, den er der bayerischen Staatsregierung und damit dem Lande Bayern mache Gelegenheit zu haben, mit den Vertretern der Presse persönliche Fühlung aufzunehmen, auf die er großes Gewicht lege.

Die Reichsregierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bemüht auf föderalistischem Standpunkt liege, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Nicht ein oder Unilateralismus oder Zentralismus, sondern nur ein Reich, das aus der Addition aller gewachsenen Kräfte geschaffen werde, sei die Parole der Reichsregierung.

Wom Ministerium des Äußeren aus begab sich der Kanzler mit den Herren seiner Begleitung, geleitet von dem Innenminister Dr. Stöckel, zum Rathaus, um auch der Stadt München seinen Besuch zu machen. Er legte dann einen Kranz an Gefallenen-Denkmal nieder und stamtierte in den Mittagsstunden noch bei dem päpstlichen Nuntius sowie bei Kardinal Faulhaber einen Besuch ab. Um 13.30 Uhr hatte Ministerpräsident Dr. Held zu einem Frühstück geladen.

## Pläne und Gegenpläne

Belegnisse und Mißstimmung in Paris.

London, 12. Oktober.

Man ist in Paris alles andere als erfreut über die Notwendigkeit, zu dem englischen Drängen auf weitere Ausprägung gute Miene machen zu müssen, und Herriol wird nicht ohne schwere Mißstimmung der freundlichen Einladung MacDonalds folgen. Man hat beargwünigt und mißgestimmt angenommen, daß in London Entwürfe ausgearbeitet worden sind, die der englische Premierminister als Unterlage für seine Bemühungen nehmen will, wie er zwischen Frankreich und Deutschland ein Kompromiß in der Abrüstungsfrage vermittelte könne, und man besitz sich, diesen Plänen französische Gegenpläne entgegenzustellen, die die englischen Absichten durch Komplikationen zu betonen, daß eine schnelle Einigung nicht in Frage kommt.

Das Kennntnis des englischen Vorgehens scheint die Zuerkennung der Rechtsgleichheit für Deutschland in militärischer Hinsicht zu sein, allerdings gegen das deutsche Einverständnis damit, daß Deutschland durch die Einführung der ihm bisher verbotenen Waffen seinen Mannschaffsstand nicht vermehrt, wogegen die anderen Mächte zu fühlbaren Abrüstungsleistungen angehalten werden sollen. Gleichseitig soll ein zeitlich unbefristeter politischer Waffenstillstand gesichert werden, in dem Deutschland sich verpflichten soll, keine Revision der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verlangen.

Dieser englische Plan ist als Grundlage eines deutsch-französischen Kompromisses offensichtlich schon belastet genug, um die Bemühungen MacDonalds zu erschweren — den Franzosen aber genügen die in dem englischen Plan enthaltenen Hindernisse offenbar noch nicht, denn ihr Gegenentwurf verlangt weiter

ein allgemeines Abrüstungsabkommen, einen allgemeinen Konfuzialpakt, der sich an das Völkerverbandsstatut und an den Locarnovertrag anknüpfen soll, ferner einen regionalen Bestands-, Sicherheits- und Kontrollpakt in demselben Rahmen und weiter ein Protokoll über die Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung. Schließlich greift der französische Vorschlag auch wieder auf den Plan der Bildung einer internationalen Streitmachts jurid.

Man sieht, was Herr Herriol mit nach London bringt, ist das Programm für eine große internationale Konferenz, nicht aber das wesentlich beschreibende, dafür aber auch klarere Material, das den Absichten MacDonalds dienen könnte, und so wird der französische Ministerpräsident hoffen dürfen, die ihm so unerwünschte Vermittlungsaktion keines englischen Kollegen zu durchsetzen und der von MacDonalds beabsichtigte Einladung des deutschen Außenministers seine in den Weg zu rollen. Von welcher Seite also die englischen Bemühungen geistlich durchkreuzt werden, daran ist nach dem französischen Verhalten kein Zweifel mehr möglich, und Deutschland kann erwarten, welche Schritte man in London und anderswo aus dieser Erkenntnis zu ziehen gedenkt.

## Neuregelung des Bankwesens?

Nach keine personalen Entscheidungen

gehende Erregung ausgelöst. Da nach den gemachten Erfahrungen ein Teil der Anhänger der Partei ein äußerlich undzipliniertes Verhalten an den Tag gelegt hat, muß damit gerechnet werden, daß von diesem Teil der Parteimitglieder schon beispielsweise einzelne Zwischenrufe anderslautender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf das ernstlichste gefährdet werden. Das vorliegende Verbot der für den 12. Oktober im Sportplatz geplanten Versammlung rechtfertigt sich also auf Grund des Paragraphen 14 PStG. (Polizeiverordnungsgehehes) in Verbindung mit Artikel 123 der Reichsverfassung. Da sich weiter aus den vorstehend dargelegten Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ergibt, ist das Verbot ferner gerechtfertigt durch die Vorschriften des Paragraphen 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Umzüge vom 28. Juli 1932.

### Reichskanzler von Papen vor dem Handwerk

Berlin, 12. Oktober.

Reichskanzler von Papen beabsichtigt, auf der am 24. Oktober über stattfindenden Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerks über die Stellung Regierung zu den Fragen des Handwerks sich zu äußern.

### Papens Münchner Botschaften

München, 12. Oktober.

Der gestrige Nachmittag war den vorgelegten politischen Botschaften zwischen dem Reichskanzler und der bayerischen Regierung vorbehalten. Am Abend gab der bayerische Ministerpräsident zu Ehren des Reichskanzlers einen Empfang, zu dem zahlreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns geladen waren.

## Preußen contra Reich

Beginn der Verhandlungen des Staatsgerichtshofes

— Leipzig, 11. Oktober.

Vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich begannen unter starkem Andrang die verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen wegen der durch Verordnung vom 20. Juli erfolgten Einsetzung eines Reichsministers für Preußen. Zur Entscheidung steht die Frage, ob das Vorgehen gegen die alte Preußenregierung nach den Bestimmungen der Verfassung zulässig war, wie es die Reichsregierung betont und das frühere Ministerium Braun-Seeger bestritt. Daneben wünschten die Regierungen Bayerns und Badens für künftige Fälle die Festlegung der Grenzen, in denen die Anwendung des Artikels 48 gegenüber einem Lande sich zu halten hat.

Nachdem zu Beginn der Verhandlung Dr. Brecht beauftragt hatte, ohne die Anwesenheit eines Vertreters für den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Preußen zu verhandeln, gab der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt, eine Darstellung des betanzten Sachverhalts. Anschließend stellte der Vorsitzende:

### Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke,

klar, daß das Verfahren von meiner Seite verschleppt worden ist, es sei vielmehr alles getan worden, um den Prozeß zu beschleunigen. Auf die Verhandlung eingehend, erklärte Dr. Bumke dann:

„Ich mache dann noch besonders darauf aufmerksam, daß der Staatsgerichtshof nicht über die politische Zweckmäßigkeit oder Zwecklosigkeit dessen zu entscheiden hat, was geschehen ist, sondern darüber, ob das Geschehene sich im Rahmen der Verfassung hält.“

Dann mandte sich der Vorsitzende der Einteilung des Verhandlungsstoffes zu. „Zunächst wäre zu empfehlen“, so erklärte er, „alle formalen Fragen, deren Wichtigkeit nicht verkannt werden soll, an den Schluß zu stellen und sich der Hauptfrage in erster Linie zuzuwenden.“

Es gilt jetzt festzustellen, welche Lage am 20. Juli nach Auffassung der Beteiligten in Preußen herrschte.

Überhalb der Tagesordnung erhält dann der Hauptredner der preußischen Vertretung, Ministerialdirektor Dr. Brecht das Wort zu folgender Erklärung:

### „Was will Preußen mit seiner Lage?“

Es will keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten. Die preußischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Wohl aber beistehen sie auf das ernstlichste die Wichtigkeit der Anformationen, die dem Herrn Reichspräsidenten gegeben worden sind und die Wichtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgezogen hat.

Gegenstand unserer Lage ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Absicht der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens.

Gegenstand des Streitens ist vor allem die Vertretung Preußens und seiner Minister von dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aufs tiefste kränkende Vorurteil, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und